

Proletarier

Internationaler Kommunistischer Partei

aller Länder, vereinigt Euch!

WAS UNSERE PARTEI KENNZEICHNET: die Behauptung der politischen Kontinuität von Marx bis Lenin und bis zur Gründung der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Italiens (Livorno 1921); der Kampf der kommunistischen Linke gegen die Entartung der Internationale, gegen die Theorie des „Sozialismus in einem Land“ und die stalinistische Konterrevolution; die Ablehnung der Volksfronten und des bürgerlichen Widerstandes gegen den Faschismus; die schwierige Wiederherstellung der revolutionären Theorie und Organisation in Verbindung mit der Arbeiterklasse und gegen jede personenbezogene und parlamentarische Politik.

Zweimonatszeitung der
IKP

Nr. 4 - Mai 1979

Preis:
50 Pfg.

Rüstungswettlauf, Abrüstungsdebatte, „deutsche Frage“:

Der deutsche Imperialismus in der Klemme des Ost-West-Konflikts

Die Kapitalisten in Ost und West beschleunigen immer wahnsinniger ihre Aufrüstung. Sie geben etwa ein Zehntel „ihres“ Bruttosozialprodukts für die Entwicklung und Herstellung von Waffen mit immer größerem Potential und Treffsicherheit aus. Dies summierte sich 1978 weltweit zu 400 Mrd. Dollar. Die Zerstörungskraft sämtlicher Kernwaffen entsprach 1976 40000 Megatonnen TNT, d.h. für jeden Erdenbewohner eine Zerstörungskraft von umgerechnet 10 Tonnen Dynamit! Die Wahrscheinlichkeit, daß die Kapitalisten, wenn sie nicht gestürzt werden, uns in die Luft jagen, ist also recht groß. Dabei ist es völlig egal, ob weiterhin AKWs gebaut werden oder nicht.

Die russische Bourgeoisie bemüht sich redlich, in diesem Rüstungswettlauf mitzumachen. Sie liegt heute mit dem Westen etwa pari und ist trotz weit geringerer Wirtschaftskraft in der Lage, im technischen Prozeß ständiger Verbesserungen mitzumachen. Entsprechend mausert sie sich immer offener von einem Imperialisten mit regionaler Beschränkung (Ostblock) zu einem Imperialisten von Weltformat. Dies hat sie in den letzten Jahren in Afrika deutlich demonstriert.

Die USA waren und sind in diesem Kampf um die Weltherrschaft die berühmte Nr. 1. Sie haben seit 1945 in zahlreichen regionalen Konflikten interveniert und mehrere Male mit dem Atomschlag gedroht. Sie können zwar heute nicht mehr mit der früherer gewohnten Selbstherrlichkeit schalten und walten, setzen aber alles daran, ihre Vorherrschaft zu behaupten. Die NATO-Gipfelkonferenz am 30./31. Mai 1978 in Washington mit dem dort beschlossenen Langzeit-Rüstungsprogramm machte das sehr deutlich. Für unsere frommen Demokraten von CDU/CSU und auch für die Regierung sind und bleiben die USA natürlich der Hauptfriedensfreund der Menschheit.

Für Herbert Wehner soll nun aber auch die russische Rüstung einen rein defensiven Charakter haben - falls der „Entspannungswille“ des Westens nicht erlahmt und man die Russen nicht unnötig reizt. Nach diesen Aussagen Wehners geriet die deutsche Bourgeoisie in Erregung. Im sonst schläfrigen Parlament drochen die Experten mit ihrem komplizierten Rüstungs-Kauderwelsch aufeinander los. Vom wesentlichen sprach man allerdings nur verschlüsselt: Wie verhält sich das deutsche Kapital in einem sich immer deutlicher abzeichnenden Konflikt zwischen den „Supermächten“, der nach den heutigen Bündnisverhältnissen vor allem auf deutschem Boden ausgetragen werden würde? Was das bedeutet, haben Wissenschaftler um den Hofphilosophen Weizsäcker vor Jahren dargestellt: Deutschland würde ausraidiert, das Kapital verliere seine

Produktionsanlagen samt Arbeiter. Dies wäre also kapitalistischer Selbstmord!

Das ist keine Phantasterei, keine Schwarzmalerei. Mit teuflischer Energie treibt vielmehr alles auf diese Katastrophe hin. Die kapitalistische Nachkriegsphase hat in der Weltwirtschaftskrise nach 1973 ihr eindeutiges Ende gefunden. Permanente Währungsprobleme waren die Vorboten und Begleiter grundlegend veränderter Wirtschaftsbedingungen. Verstärkte Ausbeutung und Unterdrückung nach innen, verschärfter Wettbewerb nach außen, verschärfter Druck auf die rückständigen Länder - das sind die allgemeinen Ausdrücke dieser veränderten Situation.

Das Ganze gleicht einem mittelschweren Erdbeben: nichts stürzt, aber vieles gerät in Bewegung. Während sich die Supermächte immer mehr gegenseitig ins Gehege kommen, haben sie andererseits immer größere Schwierigkeiten, sich gegenüber ihren jeweiligen „Freunden“ durchzusetzen. Die Russen können mit ihren Panzern und Schlagworten immer schwerer einen offenen Nationalismus ihrer „Satelliten“ in Schach halten. Die USA mußten erleben, daß ihre Macht und

Herrlichkeit sich stetig verringerte, während die früheren Vasallen in Europa und Japan stets stärker wurden. Man redet zwar hüben wie drüben ständig von Freundschaft und versichert sich ewige Treue, aber dies sind nichts als billige Beschwörungsformeln. An den gewandelten realen Verhältnissen können sie nichts ändern.

Nach der Weltherrschaft der USA, nach der klar abgegrenzten amerikanisch-russischen Doppelherrschaft, werden jetzt die internationalen Verhältnisse immer vielschichtiger. Gewohnte Abhängigkeiten beginnen sich zu lösen, traditionelle Beziehungen werden konfliktreicher, alte Bündnisse werden in Frage gestellt. Die Karten werden sogar neu gemischt. Den Anfang machte China mit seiner offenen Wende hin zu den USA. Erst in den nächsten Jahren wird sich die Bedeutung dieses Stichtags richtig ermessen lassen.

In diesem internationalem Verwirrspiel befindet sich die deutsche Bourgeoisie im Zentrum der heraufziehenden Katastrophe. Sie wurde im letzten imperialistischen Krieg gründlich besiegt und geteilt. Bei ihr läuft aber die Hauptkampflinie der imperialistischen Auseinander-

(Fortsetzung auf S.4)

Nahost-„Frieden“ = Krieg ALLER Staaten gegen die Palästinenser

Steht der „Nahostfrieden“ im Zeichen der Verwandlung Ägyptens in einen neuen, Israel ergänzenden Wachhund des US-Imperialismus im Nahen und Mittleren Osten, so ist der „harte Gang“ der anderen arabischen Staaten gegen Ägypten nur eine vorübergehende Erscheinung. Durch das Ausscheiden Ägyptens doppelt (d.h. direkt und infolge der verbesserten Position Israels) geschwächt, rückt die Lobby enger zusammen, um dadurch ihre Verhandlungsposition zu stärken, d.h. um den Verkaufspreis der Ware „Vertrat“ (an der „arabischen Sache“ und an den Palästinensern) mindestens zu halten.

Aber ebensowenig wie Jordanien und Syrien durch die Massaker im „Schwarzen September“ und im Libanon hat Sadat durch Camp David die Interessen der Palästinenser verraten - wie alle anderen arabischen Staaten hat er sie niemals vertreten. Für sie alle sind die Palästinenser, deren billige Flüchtlingsarbeitskraft sie nicht minder als Israel hemmungslos ausbeuten und die sie nicht minder als Israel turnusmäßig massakrieren, dasselbe, was für Israel ein Teil des palästinensischen Landes ist: ein Verhandlungsgegenstand, ein Trumpf für den Schacher untereinander und mit dem Imperialismus. Wie dieser stehen auch sie der nationalen und sozialen Befreiung der palästinensischen Massen im Wege.

Der Euro-Wahlzirkus zeigt: Parlamentarismus und Klassenkampf schließen sich aus

Schon 1915 hatte Lenin gezeigt, daß die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär seien. Er zeigte, daß es sich dabei nur um das Deckblatt für ein zeitweiliges Bündnis der Großmächte Europas zur besseren Unterdrückung der Kolonien und zum Kampf gegen die sich schneller entwickelnden Länder Japan und Amerika handeln könnte. Inzwischen mußten die europäischen Mächte die ersten Plätze in der imperialistischen Hierarchie längst zugunsten der USA und Rußlands räumen, Lenins Urteil behält aber seine volle Gültigkeit. Die europäischen Bourgeoisien möchten sich vereinigen, um den Supermächten und der Krise Widerstand leisten zu können und um ihre imperialistischen Interessen besser durchzusetzen. Jede von ihnen versucht aber zugleich, die Folgen der US-Herrschaft und der Wirtschaftskrisen auf die anderen abzuwälzen. Ein solcher Widerspruch in den zwischenstaatlichen Beziehungen läßt sich nur durch Gewalt lösen, was übrigens die Vereinigung Europas unter der Nazi-herrschaft klar bewiesen hat.

Kein Wunder also, wenn das europäische Parlament keine reale Bedeutung hat. Wenn die bürgerlichen und vermeintlichen Arbeiterparteien in den EG-Ländern nach vielem Hickhack nun die „Wähler“ für die Eurowahlen mobilisieren, so geht es ihnen (beim Hickhack wie bei dem Wahlkampf) „europapolitisch“ lediglich um eine kleine und zweitrangige Demonstration der Stärke im Hinblick auf die gegenseitigen Übervorteilungsversuche und auf die Machtkämpfe in der EG. Ob offen (wie bei der KPF, den Gaullisten und einem Teil der englischen Bourgeoisie) oder hinter den „Interessen der europäischen Vereinigung“ (wie bei den deutschen Parteien) - in beiden Fällen handelt es sich um nationale Interessen und Einübung in Chauvinismus. Liegt bei letzterer schon die erste innenpolitische Bedeutung solcher Wahlmobilisierungen, so ist die zweite und aktuellere die demokratische und parlamentarische Irreführung des Proletariats überhaupt. Hierbei wird ihm vorgegaukelt, die Bourgeoisie sei in der Lage, ihre Widersprüche friedlich und „fortschrittlich“ zu lösen, wenn man sie mit dem Wahlzettel (und mor-

gen wieder mit dem Gewehr!) dabei unterstützt. Zweitens (hier die Funktion von Sozialdemokraten und Stalinisten) wird ihm vorgegaukelt, es könnte auf parlamentarischem und demokratischem Wege irgendetwas erreichen. Dieselben Gewerkschaftsführer, die in der BRD jeden echten Kampf um die 35 Stunden hintertreiben und die 40 Stunden auf Jahre festschreiben, kandidieren für die 35-Stunden-Woche!! Keine Mobilisierung für den Kampf, sondern als Stimmvieh für Parlamente, von denen JEDER weiß, daß sie völlig machtlos, eine Farce sind. Wird dies bei den nationalen Parlamenten noch bestritten, so wird es beim Euro-Parlament selbst von parlamentarischen Kretins offen zugegeben. Aber so zeigt die Bourgeoisie gerade durch diese Euro-Farce, worin für sie das Wesentliche an Wahlen und Parlamenten liegt: in der Ablenkung der Arbeiter vom Klassenkampf. Und gerade an diesem Beispiel kann man auch erkennen, was der „demokratische und parlamentarische Weg zum Sozialismus“ bedeutet: Herabwürdigung der Proletarier zu Statisten einer Operette. - Der Wahlzettel ist eine Waffe des Feindes!

Ein kompetenter Bourgeois äußert sich zur Frage der Bekämpfung der westdeutschen „Linken“:

„Ich brauche mein Schwert nicht, wenn meine Peitsche genügt, und auch meine Peitsche nicht, wenn mein Wort genügt“

Wenn auch die Bourgeoisie angesichts einer drohenden Vertiefung des Klassengrabs gezwungen ist, im allgemeinen ihre Schlagkraft und Repressionsfähigkeit zu erhöhen, so bedeutet dies keineswegs, daß sie sich nicht Gedanken über die Zweckmäßigkeit in der Anwendung der verschiedenen ihr zur Verfügung stehenden Waffen machen würde. Die Bourgeoisie mit ihrer jahrhundertalten Erfahrung in der Bekämpfung ihrer Feinde hütet sich heute sehr wohl davor, allein mit dem Mittel der brutalen Unterdrückung auf gesellschaftliche Unzufriedenheit zu reagieren. Sie weiß sehr gut einzuschätzen, ob man eine „linke“ Opposition als ernsthaften Gegner einzustufen hat oder nicht. Je nachdem wird sie die Ventile ihrer offenen Gewalt mehr oder weniger öffnen und sich entweder für Reformismus und Demokratie ergänzt durch direkte Repression, oder für die brutalste Repression mit einem Schuß Reformismus und Demokratie entscheiden.

Ein alter Kämpfer der bürgerlichen Klassengewalt, der ehemalige Generalbundesanwalt Max Güde, hat sich in einem ausführlichen Zeitungsartikel über Berufsverbote und Verbotsdrohungen gegen die DKP und die „linken“ Gruppen geäußert. Der Artikel erschien bereits vor zwei Jahren (*„Stuttgarter Zeitung“* v. 5. Juli 1977; wir zitieren nach dem Abdruck in *„Blätter für deutsche und internationale Politik“* Heft 7/77). Er ist aber nach wie vor sehr „aktuell“, und da Herr Güde ein sehr kompetenter Verteidiger der bürgerlichen Ordnung ist, verdient es sein Beitrag, daß man ihm etwas Aufmerksamkeit widmet.

DIE OPPOSITION 'HALBTOTER PARTEIEN'

Herr Güde ist einer jener klassenbewußten Vertreter des bürgerlichen Staates, die einem Respekt abverlangen ob der Geschicklichkeit, mit der sie eine überlebte und verfaulende Gesellschaftsordnung verteidigen - nicht umsonst wählte er den alten orientalistischen Ausspruch, den wir in unserem Titel wiedergeben, sozusagen als Motto. Dieser „Staatschützer“ aus Passion spricht sich in dem Artikel gegen ein Verbot der sog. K-Gruppen und der DKP aus. Er tut dies allerdings nicht mit jener ekelerregenden, demagogischen Begründung, mit der die Demokraten und Reformisten gegen die „Einschränkung der demokratischen Rechte“ opponieren und eine wahre und reine Demokratie fordern. Ihm geht es im Gegenteil darum, den Einsatz des Mittels der direkten Repression und des Verbots aufzusparen für den Klassenkampf und die wirklichen Gegner. Eine politische Opposition, wie sie heute in Form der DKP oder der zerfallenden maoistischen Bewegung existiert, nennt er mit Recht „Pappkameraden“.

Er kennt sehr wohl die Geschichte der DKP, einer Partei, die, „abhängig und ausgehalten von Moskau und Ostberlin, zudem toleriert von der Bundesregierung“ (S. 893), nichts ist als ein politischer Wasserträger der SPD und eventuell eine zukünftige Propagandatruppe einer durchaus denkbaren deutsch-sowjetischen Annäherung.

Die DKP, die in den Gewerkschaften die Politik der bürgerlichen Führung voll mitträgt und vollends dem parlamentarischen Kretinismus und der sozialdemokratischen Bauernfängerei verfallen ist, wird von der bundesdeutschen Bourgeoisie als ein Bauer im ost-westlichen Schachspiel benutzt. „Es ist ein offenes Geheim-

nis, daß diese Tolerierung (der DKP) in den deutsch-deutschen Ostverhandlungen von Bahr und Brandt zugesichert und beispielsweise beim Besuch Breschnews zur Schau gestellt worden ist“ (S. 898).

Daß von einer solchen Partei keine Gefahr für den Bestand der bürgerlichen Ordnung ausgehen kann, versteht sich von selbst.

Der Maoismus in der BRD, der ein Produkt der sich zersetzenden studentischen Opposition ist, die von dem bürgerlich-radikalen Auftreten Chinas beeindruckt und dem Glanz der „Kulturrevolution“ geblendet wurde, erlebte inzwischen das Schicksal seiner eigenen Illusionen, d.h. brach zusammen. Ein großer Teil des Maoismus fließt wieder in das heimatische Flußbett der reinen Bürgeropposition zurück. Der Maoismus hat sich übrigens niemals von seiner kleinbürgerlich-oppositionellen Herkunft freimachen können. Er versuchte, mit Hilfe einer radikalen Phrasologie die Rolle eines neuen Bindegliedes zwischen den Tagesinteressen der Arbeiterklasse und der demokratischen Illusion zu übernehmen, was aber damals verfrüht gewesen ist, weil der herrschende Klassenfrieden noch kaum zerbrochen war und also keine Nachfrage nach einem sich radikal gebärdenden Reformismus bestand. Im Hinblick auf eine nicht allzu ferne Zukunft, in der die gesellschaftliche Unruhe anwachsen und auf die Arbeiterklasse übergreifen wird, scheint heute aus der bürgerlich-oppositionellen Massenbewegung (Stichwort: Demokratie und Umweltschutz) ein Sammelbecken zu entstehen, das die Wählerbasis für eine „radikal-reformistische“ Partei liefern könnte. Es ist daher kein Zufall, wenn ein nicht geringer Teil der maoistischen Bewegung in dieser durch den wachsenden Druck des kriselnden Kapitalismus hervorgerufenen kleinbürgerlichen Bewegung aufgehen.

Einen starken, zerstörenden Stoß bekam der Maoismus, als die stabilisierende Rolle Chinas für die imperialistische Weltordnung und damit zusammenhängend vor allem die chinesisches-amerikanische Allianz unübersehbar geworden war. Als symptomatisches Kuriosum sei hier angemerkt, daß gerade diejenige „Partei“, die sich immer als orthodoxester Vertreter der Mao-Tse-Tung-Ideen aufgeworfen hatte, nämlich die KPD/ML, vor einiger Zeit auf die Frage, ob Mao „ein marxistischer Klassiker“ sei, eine verneinende Antwort gab und flugs von den fünf Köpfen auf ihrer Zeitung (Marx, Engels, Lenin, Stalin, Mao) den letzten der Guillotine überließ.

Auch Herr Güde konnte nicht umhin, die Harmlosigkeit der Maoisten festzustellen:

„Auch das Gespenst des 'Maoismus', das eine Zeitlang zur Dramatisierung der deutschen Szene verwendet worden ist, beginnt in seiner Schreckwirkung zu verblasen, seit prominente Besucher wie z.B. auch Herr Dr. Filbinger von recht positiven Eindrücken im kommunistischen China berichtet“ (S. 900).

MARXISMUS UND KLEINBÜRGERLICHER SOZIALISMUS

Dem Bourgeois Güde, der mit seinem ausgeprägten bürgerlichen Klassenbewußtsein zwischen Feind und harmlosen Oppositionellen zu unterscheiden weiß, ist es nicht entgangen, daß das, was heute gemeinhin Kommunismus genannt wird, nichts mehr mit diesem gemein hat als den Namen. Er hat entdeckt, daß revolutionäre Lo-

sungen, hinter denen ein kleinbürgerlicher demokratischer Inhalt verborgen ist, nichts als Phrasensid und keine Gefahr für den bürgerlichen Staat darstellen. Er stellt fest, „daß revolutionäre Phrasen, die niemand ernst nimmt, die verfassungsmäßige Ordnung nicht zu beeinträchtigen, zu gefährden oder gar zu beseitigen vermögen“ (S. 900). Und er kritisiert die Verfassungsschutzbehörden, daß sie sich an einem „Sammelsurium von Schlagworten (...) wie 'Klassenkampf', 'Diktatur des Proletariats', 'Zerschlagung des kapitalistischen Staats'“ (S. 900) orientieren, was „nicht nur unnütz und unwirksam, sondern schädlich“ (ist), „weil es politische Kräfte an falsche Vorstellungen verschwendet. Schädlich ist es auch deswegen, weil es dem Gegner eine Rolle zuweist, die ihm nicht zukommt...“ (S. 901).

Wir Marxisten erkennen in den angesprochenen politischen Kräften einen kleinbürgerlichen Sozialismus, der nichts tut, als Verwirrung in die ersten, sich allmählich formierenden Reihen des kämpfenden Proletariats zu tragen. Diese objektive Rolle dieses „harmlosen Kommunismus“, wie Güde sagen würde, ist um so fataler, als es ja gerade der Demokratismus und der Glaube an die Reformierbarkeit des Kapitalismus sind, die wie eine Bleikugel jede anfängliche Bewegung des Proletariats erschweren. Mit Recht sieht der Bourgeois Güde in diesen Kräften keine Gefahr für die bürgerliche Ordnung.

Eine Gefahr für die bürgerliche Ordnung wird aber eine Partei sein, die sich nicht einfangen läßt von den Fallstricken des Demokratismus und nicht hinter sozialreformerischen kleinbürgerlichen Bewegungen hinterhertrabt, weil sie programmatisch, d.h. klassenmäßig auf eine andere - heute noch nicht vorhandene, aber mit der Notwendigkeit eines Naturgesetzes entstehende - Massenbewegung eingeschworen ist und sich ernsthaft um die Verteidigung des Marxismus gegen die Phrasen und die Entstellungen wie um das Hineintragen dieses selben Marxismus in die Reihen des Proletariats bemüht. Eine Partei, die sich auf keinen bürgerlichen Staat stützt (ob nun den „eigenen“ oder China, Rußland, Albanien usw.) und einen internationalen Charakter hat. Auf eine solche Partei und eine von ihr beeinflusste, kämpfende Arbeiterklasse bereitet sich die Bourgeoisie heute vor, wenn sie ihr gesamtes Unterdrückungspotential ausbaut. Nicht nur das Wort, sondern auch das Schwert und die Peitsche stehen schon heute bereit, um mit Unterstützung ALLER Bürgerlichen gegen eine solche Partei eingesetzt zu werden, sobald die objektiven Bedingungen ihre Stärkung und ihr Zusammenwachsen mit der Arbeiterbewegung einer nicht allzu fernen Zukunft erlauben. Für die maoistischen und stalinistischen „Pappkameraden“ (und übrigens auch ihre trozkistischen Verwandten), für welche eine politische „Nachfrage“ gerade in der Bürgeropposition oder - im kleineren Rahmen - in den gruppentherapeutischen Fusions-, Diskussions- und Umgruppierungsrunden zur gegenseitigen Beeinflussung (mit denselben Ideen!) besteht, genügt, gemäß der Meinung eines kompetenten Vertreters der deutschen Bourgeoisie... das Wort.

Alle Kräfte, die sich trotz ihrer kommunistischen Etiketten auf den Boden der Verteidigung der Demokratie und der demokratischen Rechte zu stellen bereit sind und die - entsprechend einer eben demokratischen Auffassung - mit ALLEN irgendwie oppositionellen Bewegungen zu marschieren und zu verschmelzen suchen,

alle solche Kräfte, die nicht auf Entschiedenste die ganz eigenen Interessen und Ziele der Arbeiterklasse von den sog. Volksinteressen zu trennen wissen, sind - trotz gutwilliger „marxistischer“ Absichten - von dem klassenversöhnlichen Bazillus infiziert worden und werden unabwendbar an der reformistischen Seuche zugrundegehen. Diese opportunistischen Gruppen fordern sogar explizit das Aufgehen des Proletariats im Volk, um die Demokratie, die „Rechte des Volkes“ und das Vaterland zu verteidigen. Und dies wird häufig mit der wahrhaft verräterischen Begründung getan, daß das Proletariat das kleinbürgerliche Volk brauche, um überhaupt kampffähig und siegessicher zu sein. Das bedeutet einerseits, daß man den internationalen Klassenkampf durch einen nationalen „Volkskampf“ und die internationale Vereinigung des Proletariats durch nationale Klassenbindnisse (und dies in einem imperialistischen Land!!!) ersetzt. Andererseits bedeutet dies, daß man das Proletariat von der einzig möglichen politischen Alternative zur bürgerlichen Herrschaft, von der Diktatur des Proletariats, ablenkt. Auf das uralte demokratische Argument, das zur Begründung benutzt wird, hat der Marxismus folgendermaßen geantwortet:

„... so bleibt doch die unzweifelhafte Tatsache bestehen, daß der Begriff 'Diktatur' unvereinbar ist mit der POSITIVEN Anerkennung einer fremden Unterstützung des Proletariats. Würden wir wirklich POSITIV, daß das Kleinbürgertum das Proletariat unterstützen wird, wenn das Proletariat seine, die proletarische Revolution vollbringt, so wäre es überflüssig, von 'Diktatur' zu reden, denn dann wäre uns vollauf eine so überwiegende Mehrheit gesichert, daß wir auch ohne Diktatur gut auskämen. (...) Die Anerkennung der Notwendigkeit der DIKTATUR des Proletariats ist AUFS ENGSTE UND UNTRENNBAR verbunden mit der Feststellung des 'Kommunistischen Manifests', daß NUR das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse ist.“ (Lenin, Werke, Band 6, S. 37, Hervorhebungen im Original).

Reformismus und Demokratismus - diese Waffe der Bourgeoisie ist die gefährlichste. Diese Waffe geschickt einzusetzen und mit der Waffe der offenen Gewalt zu kombinieren, ist das Anliegen des Herrn Güde und überhaupt jedes staatsbewußten Bourgeois. Der „Staatschützer“ Güde formuliert die Taktik folgendermaßen:

„Aufspaltung der gegnerischen Anhänger (...), Gewinnung der verlorenen Söhne (!) und (...) unbefangener Bekämpfung des harten Kerns“ (S. 901).

Was die „Söhne“ angeht, die - wie Herr Güde selbst feststellte - so verloren gar nicht waren, so arbeiten wir revolutionäre Proletarier dafür, daß sie, wenn sie der Bourgeoisie verloren gehen, für diese auch definitiv verloren bleiben, d.h. den Klassengraben überspringen, der Demokratie und Kommunismus, Phrasendrescherei und revolutionärer Vorbereitung, kleinbürgerlichen Sekten und proletarischer Klassenpartei voneinander trennt.

Und was den „harten Kern“ angeht, auf deren „unbefangener Bekämpfung“ die Bourgeoisie, die damit nur ihre Klassenaufgabe erfüllt, sich vorbereitet, so müssen die revolutionären Proletarier, wollen sie ihrerseits ihre Klassenaufgabe erfüllen, gerade diesen harten Kern aufbauen - in jeder Hinsicht so hart, daß die Bourgeoisie, so „unbefangen“ sie auch auftreten mag, ihn weder mit dem Wort, noch mit der Peitsche, noch mit dem Schwert schlagen kann.

Zum 60. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Internationale Für die Partei der kommunistischen Weltrevolution!

Am 4. März 1919 wurde in Moskau die Dritte Internationale gegründet. Sie erhob wieder das Banner des Kommunismus, das von der II., der sozialistischen Internationale in den Schmutz getreten worden war. Der "stinkende Leichnam" dieser alten Internationale moderte im Sumpf der Demokratie, der Burgfriedenspolitik, der Vaterlandsverteidigung, kurz: der offenen Unterstützung der imperialistischen Bourgeoisie (Sozialimperialismus). Im entschiedensten Kampf gegen diesen Verrat am internationalen Proletariat galt es, die Prinzipien des Kommunismus wiederherzustellen, um die sich die revolutionären Kräfte der Arbeiterbewegung weltweit scharen sollten.

Diese Bildung einer internationalen revolutionären Partei war umso mehr vonnöten, als sich zum damaligen Zeitpunkt nicht nur im bolschewistischen Rußland, wo das Proletariat die Macht erobert hatte, sondern bereits in ganz Ost- und Mitteleuropa ein Bürgerkrieg entfesselt hatte, der sehr bald auch den Fernen Osten ergreifen sollte. Inmitten dieses Bürgerkrieges erklärte die III. Internationale in ihren "Richtlinien", daß eine neue Epoche geboren sei: "Die Epoche der kommunistischen Revolution des Proletariats".

Sie stellte sich gegen den Pazifismus und Legalismus und bekämpfte die demokratischen Illusionen: "Die Eroberung der politischen Macht bedeutet nicht nur einen Personenwechsel in Ministerien, sondern die Vernichtung des feindlichen Staatsapparats, die Eroberung der wirklichen Kraft, die Entwaffnung der Bourgeoisie, der gegenrevolutionären Offiziere, der weißen Garde und die Bewaffnung des Proletariats, der revolutionären Soldaten, der Roten Arbeitergarde, die Beseitigung aller bürgerlichen Richter und die Organisation des proletarischen Gerichts; die Aufhebung der Herrschaft der reaktionären Staatsbeamten und die Schaffung neuer Verwaltungsorgane des Proletariats".

Sie widerlegte den bürgerlichen Mythos vom "Volkswillen" und der "Einheit des Volkes" und erklärte dabei: "Der proletarische Staat ist wie jeder Staat ein Unterdrückungsapparat, aber er richtet sich gegen die Feinde der Arbeiterklasse. Sein Zweck ist, den Widerstand der Ausbeuter, die im Verweigerungskampf alle Mittel anwenden, um die Revolution im Blute zu ersticken, zu brechen, ihn unmöglich zu machen".

Sie verwarf die klassische Devise des Opportunismus, für welchen ja "das Ziel nichts, die Bewegung aber alles" ist. Ganz im Gegensatz hierzu unterstrich die Komintern die enge Abhängigkeit der revolutionären Taktik von den kommunistischen Prinzipien: "Die revolutionäre Epoche fordert vom Proletariat die Anwendung solcher Kampfmittel, die seine ganze Energie konzentrieren, nämlich die Methode der Massenaktion und ihr logisches Ende - den direkten Zusammenstoß mit der bürgerlichen Staatsmaschine in offenem Kampfe. Diesem Ziele müssen alle anderen Methoden (...) untergeordnet sein".

Sie war nicht national und sie war echt antiimperialistisch. Deshalb verkündete sie, daß "die Internationale, die den Interessen der internationalen Revolution die sogenannten nationalen Interessen unterordnet, (...) die gegenseitige Hilfe des Proletariats verschiedener Länder verkörpern" und "die ausgebeuteten Kolonialvölker in ihren Kämpfen gegen den Imperialismus unterstützen" wird, "um den endgültigen Zusammenbruch des imperialistischen Weltsystems zu fördern" ("Richtlinien der Kommunistischen Internationale").

o o

Die Gründung der Komintern fand in einer Weltkonjunktur statt, in der riesige Massen des internationalen Proletariats von der Oktoberrevolution angezogen wurden und sich voller Begeisterung zu ihr bekannten. Was diesen Massen aber fehlte, war eine vor allem im gesamten Westen fest verankerte politische Avantgarde. Denn gerade hier, wo ein schon überreifer Kapitalismus und eine lange Tradition der demokratischen Irreführung der Massen herrschten, befand sich das Herz des Weltkapitalismus. Die Krise, die infolge des 1. Weltkrieges ausgebrochen war, stellte eindeutig die Alternative: Entweder Diktatur der Bourgeoisie oder Diktatur des Proletariats. Es fehlte aber gerade im Westen eine gefestigte Avantgarde, um den spontan entstandenen Klassenkampf zu organisieren und auf den Weg der revolutionären Vorbereitung, der Machteroberung und der Diktatur des Proletariats zu lenken.

Auf den Aufruf von 1919 hin kamen ein Jahr später zahlreiche Parteien, Fraktionen und Gruppen aus allen vier Himmelsrichtungen in Moskau zum 2. Kongreß der Komintern zusammen. Es handelte sich dabei größtenteils um uneinheitliche und oft zusammengewürfelte Gruppierungen. Sie hatten zumeist erst unter dem Druck des Klassenkampfes angefangen, sich von der Sozialdemokratie zu lösen, und zögerten in fast allen Fällen davor, mit ihr endgültig zu brechen. Und soweit diese Gruppierungen einen anarchistischen Ursprung hatten, so hatten sie ebenso große Schwierigkeiten, sich den Erfordernissen des Klassenkampfes zu beugen und mit ihren Anti-Partei- und Anti-Diktatur-Vorstellungen restlos zu brechen. Kurzum, die Avantgarde trachtete hinter den Massen her. Dem Ausbruch des revolutionären Kampfes war keine Periode der revolutionären Vorbereitung vorausgegangen. Die Partei fehlte. Der Versuch der Bolschewiki bestand gerade darin, die Bedingungen zu schaffen, um in den verschiedenen Ländern Parteien, d.h. Sektionen der Internationale zu bilden. Sie sahen sich zunächst einmal gezwungen, auf dem 2. Kongreß eine erste Einführung in die Grundbegriffe des Marxismus, die wesentlichen Prinzipien des Kommunismus und die Grundlagen der revolutionären Taktik zu geben. Die auf diesem Kongreß angenommenen Leitsätze über die Grundaufgaben der Kommunistischen Internationale, die Rolle der kommunistischen Revolution, die Rolle des Parlamentarismus, die Gewerkschaftsbewegung, die Nationalitäten- und Kolonialfrage sowie die Agrarfrage legten hiervon ein Zeugnis ab. Auch mußten die Bolschewiki mit den 21 Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale eine Reihe von Sicherheitsmaßnahmen ergreifen, um all diejenigen fernzuhalten, die weder den Geist noch den Buchstaben des Bolschewismus, sprich des Marxismus akzeptierten. Denn viele waren nur nach Moskau gekommen, um mit der "Mode" zu gehen und sich ein linkes Feigenblatt zu holen; und dies abgesehen natürlich von ausgekochten Opportunisten, die nur gekommen waren, um den Massen in ihren Ländern zu "beweisen", daß es "unmöglich" sei, sich mit den Bolschewiki, diesen "zentralistischen, autoritären und sektiererischen" Produkten (!) des "barbarischen Rußland" zu verbünden!

Die Kommunistische Linke Italiens, auf deren Kampf in Verteidigung der Komintern wir uns berufen, forderte damals strengere Aufnahmebedingungen, gerade um zu vermeiden, daß die Komintern, sollte es ihr nicht gelingen, im Laufe der ersten revolutionären Welle der Nachkriegszeit im Westen starke Parteien zu

bilden und die Macht zu erobern, schließlich zum Opfer opportunistischer Tendenzen würde.

Ein Jahr später reiften nach den Märzaktionen 1921 in Deutschland die Bedingungen für die revolutionäre Situation des Jahres 1923 heran, in dem sich in Deutschland das Schicksal der europäischen Revolution entscheiden sollte. Die Bolschewiki mußten daher die Sitzungen des im Juni 1921 stattgefundenen 3. Kongresses dem Versuch widmen, den katastrophalen Schwankungen der meisten westlichen Parteien ein Gegengewicht entgegenzusetzen, neigten diese Parteien doch dazu, zwischen der Passivität und dem Legalismus eines schlecht überwundenen Sozialdemokratismus einerseits und der Kinderkrankheit eines unreifen, "linken" Abenteuerums andererseits hin- und herzuwippen. (Für die erste Tendenz kann man die Haltung der KPD nach dem Kapp-Putsch 1920, für die zweite ihre Haltung in der Märzaktion 1921 als Beispiel anführen).

Auf den Schultern der Bolschewiki lastete also nicht nur der Kampf für die Verteidigung der proletarischen Diktatur in Rußland gegen die nationale und internationale Bourgeoisie, sondern sie unternahmen auch riesige Anstrengungen, um dem Weltproletariat das zu geben, was es international noch nicht besaß: eine führende Partei, die die Aufgaben der Revolution ernsthaft und ohne Demagogie in Angriff zu nehmen weiß. Zwischen den "objektiven Bedingungen" der Revolution im Westen und ihren "subjektiven Bedingungen" (an erster Stelle der Partei) tat sich also in jenen turbulenten Jahren ein weiter Graben auf. Und gerade in diesem Graben liegt der Schlüssel sowohl für die Niederlage der proletarischen Revolution in Europa (und später in China), als auch für die Entartung der Komintern und den folgenden Sieg des Stalinismus, des Totengräbers der bolschewistischen Partei, der Internationale und der proletarischen Macht in Rußland.

Die Internationale, die ursprünglich der kommunistischen Bewegung ihre theoretischen und programmatischen Waffen zurückgegeben hatte, wich langsam, Schritt für Schritt von ihrem anfänglichen und geradlinigen Kurs ab. Dies geschah unter dem lastenden Druck der bürgerlichen Offensive innerhalb wie außerhalb Rußlands und wurde noch gefördert durch alle jene heterogenen, schwankenden Tendenzen innerhalb der KI selbst. Unfähig, eine feste und orthodoxe Orientierung in die Internationale hineinzutragen, waren diese Tendenzen nicht einmal in der Lage, als Transmissionsriemen für die ursprünglichen zentralen Direktiven zu dienen. Diese Unterordnung unter die zentralen Direktiven war aber eine Voraussetzung, um das unerläßliche Minimum, welches die 21 Aufnahmebedingungen und die gesamten Thesen des 2. Kongresses darstellten, einzuhalten und zu erfüllen. Angesichts der andauernden Schwäche der westlichen Sektionen und der gefährlichen Isolierung Rußlands griff die Internationale dann ab 1922 auf taktische Mittel zurück, die im Grunde die opportunistischen Tendenzen in diesen Sektionen nur stärken konnten (nämlich die "politische Einheitsfront", die "Arbeiterregierung" und die "Arbeiter- und Bauernregierung" mit der Sozialdemokratie). Und man versuchte auch durch künstliche organisatorische Methoden (wie der angeblichen "Bolschewisierung") Abhilfe zu schaffen - mit demselben Mißerfolg. Anstatt die unreifen und schwankenden Kräfte zu organisieren, zu beeinflussen und zu disziplinieren, wurde die Internationale von ihnen zunehmend bedingt und zersetzt.

Die einzige westliche Strömung, die der Internationale in völliger theoretischer, programmatischer und (abgesehen von der Frage der Ausnutzung des Parlaments) auch taktischer Übereinstimmung beitrug, war, wie die Gründungsdokumente von 1920 zeigen, die italienische Linke, die, wenn auch in bescheidenerem Maße als die Bolschewiki, ihrerseits auch auf einen Kampf in Verteidigung des orthodoxen Kommunismus zurückblicken konnte, der auf den Anfang des Jahrhunderts zurückging. Die Linke ordnete sich strikt der Disziplin der Internationale unter, nahm aber gegenüber den Abweichungen eine unnachgiebige Haltung ein. Die grundlegende Übereinstimmung war auch die Voraussetzung dafür, eine Bilanz der taktischen und organisatorischen Fehler ziehen zu können, d.h. zu zeigen, daß diese Fehler zwar durch die ganze Situation, deren Druck schließlich selbst die Bolschewiki in ihrer Isolierung immer mehr nachgaben, bestimmt wurden, ihrerseits aber auch auf diese Situation zurückwirkten, sie verschlechterten und schließlich zu den Niederlagen wie zur Entartung der Internationale beitrugen.

Es handelte sich also bereits um eine in theoretischer und programmatischer Sicht geschwächte und untergrabene und in organisatorischer Sicht zersetzte Internationale, die dann ab 1926 mit dem Sieg der unerschämten Theorie des "Sozialismus in einem Land" und der mit einer solchen Theorie einhergehenden vollständigen Leugnung des Marxismus und des proletarischen Internationalismus ihren entscheidenden Todesstoß erhielt. (Eine Untersuchung all dieser Fragen findet der Leser in unserer Broschüre "Was heißt es, den Marxismus zu verteidigen?" und in den Thesen der Linke, die wir in "Kommunistisches Programm" Nr. 13 u. 14 veröffentlichten.)

o o

Wenn wir heute an den Aufruf von 1919 an das Proletariat der ganzen Welt erinnern, so wollen wir auch daran erinnern, daß die revolutionäre Begeisterung und die revolutionäre Tatkraft nur dann erfolgreich sein können, wenn sie von der politischen Partei des Proletariats kanalisiert, organisiert und geführt werden. Und dies ist nur möglich, wenn diese Partei unabhängig von den wechselnden Situationen ihre Aktion hartnäckig und planmäßig, auf der Grundlage unveränderlicher politischer Positionen durchführt. Es ist nur möglich, wenn diese Partei schon lange bevor sie ihren höchsten Aufgaben, nämlich der Führung der Revolution, bzw. des bewaffneten Aufstands und der Errichtung ihrer Diktatur gegenübersteht, sich in theoretischer, programmatischer und organisatorischer Hinsicht gestählt und an den Kämpfen der Arbeiterklasse teilgenommen hat. Wenn der Sieg des russischen Proletariats der hundertprozentige Beweis für die Notwendigkeit der Partei ist, so ist die Niederlage der europäischen Revolution in der Zeit nach dem 1. Weltkrieg sowie der Bankrott der Komintern die Bestätigung dafür, daß diese Partei schon vor der Revolution und im internationalen Maßstab vorhanden sein muß. Andernfalls kann man nicht einmal den Rückzug sichern: Als der Stalinismus siegte, gab es innerhalb der Organisation, der es nicht gelungen war, zur kommunistischen Weltpartei zu werden, nur zwei Oppositionsbewegungen, nämlich die alte bolschewistische Garde und die italienische Linke. Und darin liegt ein weiterer historischer Beweis für dieselbe, oben dargelegte Wahrheit.

Die Partei kann auf die Massen warten, aber die Massen können nicht

(Fortsetzung auf S.4)

Der deutsche Imperialismus in der Klemme des Ost-West-Konflikts

(Fortsetzung von S.1)

setzungen zwischen Ost und West - auch wenn sich beide Blöcke noch vorerst an den Rändern der Welt messen. Zwar laufen über weite Strecken die Interessen der BRD parallel zu denen der USA, andererseits ist es aber nicht zu übersehen, daß unterschiedliche Wirtschaftsbelange die früher traute Atmosphäre zunehmend vergiften. Deshalb wird es immer fraglicher, ob sich die deutschen Imperialisten angesichts der heraufziehenden Stürme offen verheizen lassen werden. Entsprechend seiner wiedergewonnenen Wirtschaftskraft ist zwar das deutsche Kapital auch politisch von wachsendem Gewicht, jedoch ist es schwerlich wie einst zu einer aktiven Rundumaggression fähig. Es kann aber eine selbständigere Außenpolitik betreiben und angesichts veränderter Konflikte und Interessen alte Bindungen lockern und neue Beziehungen suchen. Es ist bei der drohenden Perspektive keineswegs mehr so sonnenklar wie unter Adenauer, daß die BRD auch in Zukunft Arm in Arm mit den USA gegen Rußland marschieren muß. Und hier sind wir in der Tat bei der entscheidenden Frage, die in der Rüstungsdebatte im Parlament nur vom SPD-Abgeordneten Ehmke (nicht zufällig aus der Wehner-Riege) angesprochen wurde: *"Das Problem ist doch folgendes: Wenn wir regional in Europa eine gewisse Entspannung erreicht haben, sehen wir weltweit eher eine Zuspitzung der Konflikte. Darüber gibt es keinen Streit. ... Ich bitte aber, jetzt einmal folgendes zu überlegen - ich glaube, das ist eines der Kerndinge, über die wir diskutieren müssen -: Wenn in Europa die Angst besteht, daß die amerikanische Führung die Existenz der amerikanischen Nation im Ernstfall nicht in die Waagschale werfen würde, dann ist das ein Problem, das nicht militär-technisch zu lösen ist. Das Argument, die könnten doch nicht bei jedem nur mit ein paar Mittelstreckenraketen in Europa vorgetragenen Angriff interkontinental zurückschlagen, die müßten ihr Mutterland schonen, geht an die Wurzel des Bündnisses".*

Das ist der zentrale Punkt! Was passiert, wenn im entscheidenden Moment die Amerikaner die Russen nicht angreifen, während diese sich in Europa - also vor allem in Deutschland - austoben? Vielleicht käme die US-Bourgeoisie zu dem Schluß, es sei für ihre "nationalen Interessen" besser, daß sich die Gegner in Europa erst einmal die Zähne ausbeißen, damit dann die USA als großer Retter kommen und die Sache klären. Solche Inszenierungen gab es ja schon zweimal.

Die Sachwalter des deutschen Kapitals stehen also in ihrer Außenpolitik vor elementaren Entscheidungen. Gewiß, die skizzierten Gefahren sind nicht aktuell, aber durch die heute und morgen getroffenen Maßnahmen wird eine Richtung bestimmt, die später nicht mehr so leicht geändert werden kann. Dabei geht es im wesentlichen um das langfristige Verhältnis zu Rußland. Soll man durch eine Erweiterung der US-Waffenstationierung in der BRD sich jeden Spielraum verbauen und den sich abzeichnenden Konfrontationskurs festschreiben, oder soll eine aktive Ostpolitik die Beziehung zu Rußland dauerhaft verbessern? Muß die BRD ihre Fixierung auf die USA überdenken? Ist die BRD gar zu einem Bündniswechsel gezwungen? Wie unwahrscheinlich solche Prognosen heute erscheinen, hier liegt jedenfalls der eigentliche Kern der hitzigen Redeschlachten. Wie immer, wenn es sich um grundsätzliche Entscheidungen in der Taktik handelt, gerät die Bourgeoisie aneinander. Und entsprechend ihrer Lage zwischen Ost und West spielt sie zunächst Vogel Strauß und redet um den Brei rum.

Trotz aller eifrigen Dementis lassen sich gute Gründe für eine außenpolitische Neuorientierung anführen, die übrigens nur eine Wiederholung des konstanten Pendelschlags in der Geschichte der deutschen Bourgeoisie wäre. Im Inneren gerät die hochindustrialisierte BRD in wachsende soziale und wirtschaftliche Schwierigkeiten; die Hoffnung auf einen sicheren Absatzmarkt in einem vereinten Europa rückt an Betracht der verstärkten Tendenzen zu Nationalismus wie Protektionismus in weite Ferne; die Konkurrenz auf den Weltmärkten gegen Japan und die USA wird zunehmend härter; zusammen mit einer intensivierten Industrialisierung in der "Dritten Welt" wird es der BRD-Industrie jedenfalls immer schwerer fallen, ihre Außenhandelsposition zu halten. Auf der anderen Seite existiert der riesige Markt im Osten mit seinem unstillbaren Hunger nach Maschinen aller Art. Die Geschäfte dort laufen aber nur solange, wie politische Verbesserungen sie fördern. Rußland und die BRD würden sich geradezu ideal ergänzen: Auf der einen Seite modernste Technik verbunden mit extremen Exportzwängen, auf der anderen Seite gewaltiger Nachholbedarf in der Industrialisierung kombiniert mit riesigen Rohstoffvorkommen. Aber solange man sich gegenseitig zu Erbfeinden erklärt, können die Möglichkeiten niemals ausgeschöpft werden. Und dann das leidige Dauerthema Wiedervereinigung. In welcher Form auch immer das jemals konkret werden sollte, klar ist jedenfalls: Ohne Rußland geht nichts, und ohne das Gewicht der DDR gewinnt die BRD niemals den wirtschaftlichen Unterbau, der notwendig wäre, um das relative Übergewicht in Europa zu einer absoluten Machtposition auszubauen. Kühl überlegt hätte das deutsche Kapital klare Vorteile von einem Arrangement mit Rußland. Gleichzeitig wäre die Kriegsgefahr einigermaßen gebannt und die Aggressivität Rußlands auf China/Japan abgelenkt.

Und für die Russen liegt hier der entscheidende Punkt. Einerseits verschiebt sich mit den riesigen Industrialisierungsprojekten in Sibirien das strategische Gewicht nach Osten, andererseits ist diese Front aufgrund neuer Bündnisse praktisch ungeschützt: Zuerst schlug der Versuch fehl, Japan durch ein grundlegendes Engagement in Sibirien an sich zu binden. Japan mußte sich für ein Bündnis mit China, das jetzt Alliiertes der USA ist, entscheiden. Damit steht eine massive Front USA/China/Japan gegen Rußland. Das bedeutet für die Russen Zweifrontenkrieg - falls sich in Europa nichts grundlegendes ändert. Nicht zufällig gibt es daher seit der ersten imperialistischen Übung der chinesischen Kapitalisten in Vietnam auffällig verstärkte Bemühungen um die BRD. Bei diesen Kontakten zeigt sich wieder Wehner äußerst aktiv, aber trotz der lauten Töne mischen die Christdemokraten offen mit. Auch Strauß fand nach seinem trauten tête-à-tête mit Breschnew im Mai 1978 erstaunlich milde Töne bzgl. der langfristigen Beziehungen zu Rußland.

Bei drohender Kriegsgefahr liegt ein Bündnis mit Rußland - mit der DDR als Morgengabe - jedenfalls nicht außerhalb des "Denkbaren". Es handelt sich aber für beide Seiten um letzte Karten - und es gibt noch jemand, der ein entscheidendes Wortchen zu sagen haben wird, nämlich die USA.

Auch wenn diese Überlegungen zur internationalen Weltlage heute noch weitgehend Planspiele der Bourgeoisie hinter verschlossenen Türen sind, so werden ohne Zweifel bald alle Proletarier die Auswirkungen zu spü-

Streiks im „realen Sozialismus“

Trotz aller gegenteiliger Propaganda wird der kapitalistische Charakter Rußlands wie des gesamten Ostens immer klarer. Das wird gerade in den verschärften Maßnahmen zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität offensichtlich, die die gleichen Resultate wie im Westen erzwingen: die Unzufriedenheit unter den Arbeitern und das Bewußtsein von der Notwendigkeit eigener Verteidigungsorganisationen.

Auch wenn sich die Weltbourgeoisie darüber einig ist, Informationen über Arbeiterkämpfe weitgehend zu unterdrücken (es sei denn, sie passen in das Konzept imperialistischer Rivalitäten), ist es bekannt, daß auch die Arbeiterklasse im Osten durch die offene Diktatur der Bourgeoisie nicht völlig niedergehalten werden konnte.

Jüngstes Beispiel war ein derart heftiger Streik, daß sich selbst TASS gezwungen sah, darüber zu berichten. Gegen die unheilige Einheitsfront des Kapitals von Staat, Gewerkschaft und Management kämpften in einer Fabrik in Tallin (Estland) die Arbeiter 20 Tage lang und verteidigten sich gegen die permanente Verschlechterung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen.

Die Notwendigkeit jedes Kapitals zur wachsenden Ausbeutung versuchte auch der russische Staat spätestens mit der Wirtschaftsreform von 1965 durchzusetzen. Dies nicht zuletzt, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu werden.

Die kapitalistische Entwicklung im inneren, wie die Notwendigkeit einer wachsenden Schlagkraft nach außen - in diesem Wechselspiel treten alle kapitalistischen Momente immer klarer zu Tage. Für die Arbeiter bedeutet dies nichts anderes, als ein permanent erhöhtes Tempo vorzulegen.

Und falls der Arbeiter nicht die Lü-

genpropaganda am eigenen Leib erfahren hat, so wird ihm spätestens im Streik die nötige Lektion erteilt: noch klarer als im Westen sind die sog. Gewerkschaften des Ostens mit offener Gewalt auftretende Repressionsorgane des Staates. Nicht zufällig ist deshalb der Ex-KGB-Chef Scheljepin heutiger Gewerkschaftsboß in Rußland. Daß die Arbeiter trotz dieser Unterdrückungsmaschinerie durch die verschlechterten Arbeitsbedingungen zu Unruhen getrieben werden, die sich konsequent gegen alles richten müssen, was ihren Kampf behindert, zeigt ja wohl, daß diese Gewerkschaft ihre Befriedigungsmöglichkeiten zunehmend verliert. Zwar bereitet sich die russische Staatsmacht darauf vor, mit flexibleren Methoden der unmittelbaren Reaktion der Arbeiter zu begegnen, viel dürfte ihnen hierzu aber nicht einfallen - jedenfalls mit Arbeitslagern und Zwangspsychatrie sind kollektive Arbeitskämpfe nicht mehr aufzuhalten.

In dem Dilemma zwischen überlebter Rückständigkeit mit dem Vorteil eines größeren Handlungsspielraums gegenüber der durch Lohnarbeit versklavten Klasse und dem Zwang des Einsatzes besserer Verfahren zur Ausquetschung menschlicher Arbeitskraft, bleibt dem kapitalistischen System made in UdSSR nur eine "Lösung": Die der Flucht nach vorn, d.h. die beständige Umwälzung aller ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen und die Öffnung und Vertiefung der Kluft zwischen den gegensätzlichen Interessen der beiden grundlegenden Klassen der kapitalistischen Gesellschaft. Und dieses "Ubel" ist ja in Wirklichkeit nicht nur die unerläßliche Bedingung für die kapitalistische Entwicklung, sondern auch für die Wiedergeburt des Klassenkampfes, der der UdSSR die Maske des Mythos vom "realen" oder "bürokratischen Sozialismus" endgültig vom Gesicht reißen wird.

Für die Partei der kommunistischen Weltrevolution!

(Fortsetzung von S.3)

auf die Partei warten - haben wir Marxisten oft wiederholt. Um eine Brücke zwischen dem siegreichen Oktober 1917 und dem internationalen Oktober von morgen zu schlagen, muß man heute für die internationale Ausbreitung der Partei, für die Herausbildung einer proletarischen Avantgarde kämpfen, die sich die internationale Bilanz der proletarischen Kämpfe aneignet und sich somit das unabänderliche Programm und die unabänderlichen Prinzipien des Kommunismus zum Leitstern macht. Eine Avantgarde, die durch ihre planmäßige und zielgerechte taktische Aktion, durch ihre Organisation von Berufsrevolutionären, durch ihre Zurückweisung von jedem Dilletantismus die schwierige Kunst des Kampfes lernen und ihren Einfluß auf die Massen ausdehnen kann, um auf diese Weise die Voraussetzungen für eine einheitliche und disziplinierte Aktion dieser Massen zu schaffen.

Ohne die "Generalprobe" von 1905 wäre die Revolution von 1917 nicht möglich gewesen. Unsere Aufgabe besteht gerade darin, die internationalen Erfahrungen der Jahre 1917-1927 im nachhinein zur Generalprobe der zukünftigen Weltrevolution zu machen und das unerläßliche Instrument ihres Sieges im voraus zu schaffen.